

Dienst suspendiert, er fand nie wieder eine feste Anstellung, und erst im Jahr 1993 wurde er in der Schweiz politisch rehabilitiert – 20 Jahre nach seinem Tod.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs versuchte man, international verbindliche Regeln zu schaffen, damit sich weder die Shoah noch das Versagen bei der Aufnahme von Schutzsuchenden wiederholen konnte. 1948 wurde in der «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte» erstmals das individuelle Recht auf Asyl festgehalten. «Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen», heißt es dort in Artikel 14. Doch nur wenige Staaten übersetzten diese Erklärung in nationales Recht. [12] Eine Ausnahme bildete die Bundesrepublik Deutschland. «Politisch Verfolgte genießen Asylrecht», steht im Grundgesetz festgeschrieben, das 1949 beschlossen wurde. Damals kam man auch zu der wichtigen Erkenntnis, dass individuell zu prüfen ist, wer schutzbedürftig ist. Ethnische Zugehörigkeit, Religion oder anderen Zugehörigkeit zu einer Gruppe sollten demnach nie wieder verhindern, dass jemand Schutz findet.

Ein weiterer Meilenstein war das «Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge» vom 28. Juli 1951. [13] Das Abkommen bildet die Grundlage des internationalen Flüchtlingsrechts. Es definiert, wer ein «Flüchtling» ist und welche Rechte und Hilfen die Unterzeichnerstaaten gewährleisten müssten. 146 Staaten haben das Abkommen bislang unterschrieben. Doch aus der Unterschrift ergibt sich noch nicht, dass die Zuflucht für Schutzsuchende in den betreffenden Staaten auch wirklich gewährleistet ist. Im Gegenteil. In den letzten Jahren zeigt sich vor allem eine neue Konjunktur der Abschottung. Wer glaubte, dass der Fall der Berliner Mauer auch eine Öffnung der Grenzen auf der Welt einleiten würde, wurde eines Besseren belehrt. Inzwischen gibt es fünfmal so viele Grenzbefestigungen wie 1989. Viele davon wurden nach dem Jahr 2000 gebaut, und in Europa gibt es heute mehr Kilometer an Mauern, Zäunen und Barrieren als zum Höhepunkt des Kalten Krieges. [14]

Der Trend zur Abschottung steht im direkten Konflikt zu den Grundidealen Europas. Im Jahr 2012 erhielt die Europäische Union den Friedensnobelpreis. Hier ein Ausschnitt aus der Begründung des Nobelkomitees:

«Das Norwegische Nobelkomitee hat entschieden, dass der Friedensnobelpreis 2012 an die Europäische Union (EU) vergeben wird. Die Union und ihre Vorgänger haben über sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung beigetragen. Seit 1945 ist diese Versöhnung Wirklichkeit geworden.

Das furchtbare Leiden im Zweiten Weltkrieg zeigte die Notwendigkeit eines neuen Europa. Über 70 Jahre hatten Deutschland und Frankreich drei Kriege ausgefochten. Heute ist Krieg zwischen Deutschland und Frankreich undenkbar. Das zeigt, wie historische Feinde durch gut ausgerichtete Anstrengungen und den Aufbau gegenseitigen Vertrauens enge Partner werden können. In den 80er Jahren sind Griechenland, Spanien und Portugal der EU beigetreten. Die Einführung der Demokratie war Voraussetzung für ihre Mitgliedschaft.

Der Fall der Berliner Mauer machte den Beitritt möglich für mehrere zentral- und osteuropäische Staaten. Dadurch wurde eine neue Ära der europäischen Geschichte eingeleitet. Die Teilung zwischen Ost und West ist in weiten Teilen beendet. Die Demokratie wurde gestärkt. Viele ethnisch bedingte Konflikte wurden gelöst. Die Aufnahme von Kroatien als Mitglied im nächsten Jahr, die Einleitung von Aufnahmeverhandlungen mit Montenegro und die Erteilung des Kandidatenstatus an Serbien wird den Prozess der Aussöhnung auf dem Balkan voranbringen.» [15]

Man kann sich trefflich darüber streiten, ob die Europäische Union diesen Preis verdient hat. Es ging dem Nobelpreiskomitee aber wohl nicht nur um die Frage, ob der EU dieser Preis für Leistungen der Vergangenheit zugesprochen werden sollte. Vielmehr wollte es angesichts der kommenden Krisen, die sich schon 2012 andeuteten, der Europäischen Union den Auftrag erteilen, sich der Auszeichnung immer wieder als würdig zu erweisen. Geschichte als Verantwortung, oder wie es das

Nobelpreiskomitee formulierte: «Das Norwegische Nobelkomitee wünscht den Blick auf das zu lenken, was es als wichtigste Errungenschaft der EU sieht: den erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte; die stabilisierende Rolle der EU bei der Verwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem des Friedens.»

Hinter den Formulierungen des Nobelpreiskomitees steckt die Quintessenz der europäischen Idee. Wenn ich davon spreche, dass Europa sich abschafft, dann will ich damit eine Warnung aussprechen. Denn auch in den eigentlich so robusten und wehrhaften Demokratien der Europäischen Union gibt es einen besorgniserregenden Trend, Grundprinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und die Achtung der Menschenwürde zu missachten – und zwar ausgerechnet im Umgang mit den Schwächsten. Europa verfügt über ausreichende Ressourcen, um Schutzsuchende deutlich besser zu behandeln, und sollte sich vor dem Hintergrund seiner Geschichte diesen demokratischen Grundprinzipien tief verpflichtet fühlen. Und doch wurde ich in den vergangenen Jahren Zeuge einer rücksichtslosen Machtpolitik, habe Schikanen, offensichtliche Lügen und Verbrechen beobachten müssen. Meine Arbeit in der Politik hat mich gelehrt, wie brüchig das Fundament der Demokratie in Europa ist. Wie wir mit den Schwächsten umgehen, zeigt, wie stark wir sind.

Wenn es nicht einmal in Europa, mit all den eingebrannten Erinnerungen an die schrecklichen Folgen von gelebter Ungleichheit, gelingt, die eigenen Gesetze einzuhalten und dem Anspruch an selbstgewählten Werten gerecht zu werden, betrifft das nicht nur den Schutz derjenigen, die von anderswo hier Zuflucht suchen. Es stellt auch in Frage, ob wir aus den Schrecken der Vergangenheit gelernt haben und ob wir insgesamt in der Lage sind, Rechtsstaat, Frieden und Freiheit zu achten.

Wenn wir für Herausforderungen der Asylpolitik keine humane und rechtsstaatliche Lösung finden, dann können wir bei anderen Fragen –

egal ob in Europa oder anderswo – noch so empathische Reden halten oder den Zeigefinger erheben. Wir werden nicht überzeugen, wenn wir uns selbst widersprechen. Denn auch wenn uns das Leid und Unrecht dieser Welt oft fern erscheint: Wenn die Betroffenen vor unserer Tür stehen, dann können wir sie nicht mehr missachten, dann müssen wir reagieren und zeigen, was wir besser machen als die Diktaturen, vor denen Menschen fliehen.

Die Frage der Abschottung ist eine Frage der Moral, der Ethik und des Rechts. Aber mit etwas Abstand zeigt sich im Umgang mit unseren Grenzen und Schutzsuchenden eben auch, wie wir uns unsere Zukunft vorstellen. Wie wollen wir umgehen mit der globalen Ungerechtigkeit, mit der Klimakatastrophe? Wie wollen wir angesichts von Verfolgung, Krieg und Diktatur mit denen umgehen, die nicht das Glück hatten, in Europa geboren worden zu sein? Wie wollen wir dazu beitragen, dass weniger Menschen fliehen müssen?

Die Antwort auf die letzte Frage lässt sich unabhängig von der Weltanschauung fast konsensual beantworten: Fluchtursachen bekämpfen. Doch zur Realität gehört, dass diese Losung einfach schon zu lange genutzt wurde, um sich darauf zu einigen, dass wir morgen alles besser als gestern machen wollen. Fluchtursachen bekämpfen zu wollen ist die Prokrastination der europäischen Asylpolitik, nicht ihr Inhalt. Die Zahl der weltweit Geflüchteten ist in den letzten Jahren immer weiter angestiegen, die Zahl der Menschen, die es nach Europa schaffen, sinkt seit Jahren massiv. [16]

Rüsten wir uns schon dafür, vor all dem Unglück der Welt endgültig die Augen zu verschließen? Zeigen wir mit roher Gewalt und hemmungsloser Härte an den Grenzen, dass wir die Menschenrechte und die Gerechtigkeit in Europa hinter Knüppeln, Stacheldraht und einem Meer aus Leichen verstecken müssen?

Doch was ist die Alternative zur Abschottung? Geschickt wird Gegner:innen einer gewalttätigen und rechtswidrigen Abschottungspolitik vorgeworfen, dass sie eigentlich die seien, die sich für Chaos,

Kontrollverlust und gegen Rechtsstaatlichkeit einsetzen. «Abschottung oder Anarchie», das ist die Parole, die sich bei genauerer Betrachtung in vielfältigen Aussprüchen in den Vordergrund drängt und mit der seit 2015 auch die Mitte der Gesellschaft vor einem «Kontrollverlust» gewarnt wird. Angeblich wäre Chaos vorprogrammiert, wenn man nicht mit aller Vehemenz – ganz egal ob legal oder illegal – Schutzsuchende davon abhält, in Europa Asylanträge zu stellen. Stimmt das?

Andere Stimmen behaupten, dass es gar nicht wirklich möglich wäre, Europa abzuschotten. Wenn eine Fluchtroute geschlossen würde, dann entstünde eben eine neue. Aber auch wenn der Einfallsreichtum der Geflüchteten oder ihrer Schlepper von der Regierungspolitik in Europa wohl vielfach massiv unterschätzt wird und sich in der Tat noch einige Optionen bieten, nach Europa zu fliehen, so ist doch offensichtlich, dass die Fluchtrouten nach Europa immer gefährlicher werden. Und Europa ist sehr wohl in der Lage, sich abzuschotten. Das wurde uns in Ansätzen in den letzten Jahren deutlich vor Augen geführt. Mit Berichten von Gewalt, entsetzlichen Bildern von kenternenden Booten und schießenden Soldaten.

Wer auch die letzte Fluchtroute irregulärer Migration nach Europa schließen will, sollte sich aber nicht einbilden, dass das auf Dauer ohne Schießbefehl, das Ertrinken von Menschen im Mittelmeer und die Missachtung von Menschenrechten möglich ist. Es ist eine reale Gefahr, dass Europa diesen Weg wählt, den Schmerz an den Grenzen erträgt, weil alle Alternativen als noch viel schlimmer verkauft werden. Mit der Abschottung würde Europa dann jedoch nicht nur die mühsam erlernten Menschenrechte an den Grenzen wieder durch das Recht des Stärkeren ersetzen, sondern sich auch der Verantwortung für die Konsequenzen des Handelns auf dieser Welt entziehen.

Abschottung ist die Kapitulation vor den komplexen Aufgaben einer globalisierten Welt. Was sie anrichtet, habe ich mit eigenen Augen beobachten können.